

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschrift-Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Commenummer: 25 241
Nur für Nachtgelehrte: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 31. Februar 1928 der hal. einmaligen Abstellung 175 Pfennig 1.50 Mk. Halbjahrespreis für Mann: Februar 3 Mark ohne Postgebührenabgabe.
Einzelnummer 10 Pfennig
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet. Die einmalige 4 mm breite Seite 6 Pfg., für dauerhafte 8 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 1 Pfg., außerhalb 2 Pfg., die 4 mm breite Reklameseite 20 Pfg., außerhalb 30 Pfg. Übergebühren 10 Pfg. Ausw. Anzeigen gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptredaktionsstelle
Martenstraße 38 42
Druck u. Verlag von Neusch & Reichardt in Dresden
Koblenzer-Konto 1068 Dresden

Abdruck nur mit schriftlicher Genehmigung. Dresdner Nachrichten. Inverlegene Paragrafen werden nicht aufbewahrt.

Hindenburg soll die Schulkrise lösen.

Gefährliche Experimente bei der Preußentasse. — Grauenhafte Gittenbilder im Steglitzer Prozeß.

Noch immer Kompromißbemühungen.

Berlin, 9. Febr. Im Reichstag traten heute nach der Plenarsitzung die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei zu Sitzungen zusammen, die sich naturgemäß ausschließlich mit der Lage der Regierungskoalition befaßten, wie sie durch das Nichtweiterkommen der Beratungen über das Reichsschulgesetz geschaffen ist. Man war sich bei den Reichsparteien darüber klar, daß nach der Forderung des Zentrums, über das Reichsschulgesetz nun in Kürze endgültige Klarheit zu schaffen, die Aussichten für dieses außerordentlich gering geworden sind. Sowohl beim Zentrum als auch bei der Deutschen Volkspartei ist eine Vertiefung der Meinungen zu beobachten. Bei der Deutschen Volkspartei ist einer der Gründe, der zu dieser Vertiefung geführt hat, der, daß man mit Rücksicht auf die Möglichkeit eines neuen Wahltermins bei der Mehrheit der Fraktion keine große Neigung zu weiteren Kompromissen zeigt und daß die Haltung des Zentrums verärgert wirkt.

Die Kompromißbemühungen des Reichsinnenministers werden zurzeit noch fortgesetzt.

Die Entscheidung über das Schicksal des Schulgesetzes liegt nun jedoch bei den Fraktionen. Man ist aber in rechtshohen Kreisen selbst für den Fall, daß zwischen den Regierungsparteien endgültig schlagfertig werden sollte, daß man sich über das Reichsschulgesetz nicht einigen kann, der Ansicht, daß deshalb von einer Art der Koalition noch nicht gesprochen werden könne. Man erklärt, selbst wenn das im Reichstag verbreitete Gerücht, nach dem der Zentrumskompromiß von Gehrard als Führer der Fraktion bereits mit der Zurückziehung der Zentrumsmehrheit abgelehnt habe, auch richtig sei, bleibe es aber immer noch fraglich, ob die Zentrumskompromißfraktion selbst diesen etwas radikalen Standpunkt billige. Man nimmt an, daß die Zentrumskompromißfraktion zum Einschluss kommen wird, zunächst doch noch die Entscheidung des am Sonntag zusammengetretenen Schulausschusses der Deutschen Volkspartei abzuwarten, ehe weitere ernste Entschlüsse gefaßt werden.

Audem wird auch darauf hingewiesen, daß der Reichstag mit dem Etat, dem Pensionsausgleichsgesetz, der Nothilfe für die Landwirtschaft und anderen Ausgaben noch so viel wichtigen und drängenden Arbeitsstoff vor sich hat, daß der Reichstag präzidentlich zu einer Nullsitzung des Reichstags schon jetzt nicht würde entschließen wollen. Allerdings werde nicht verkannt, daß ein Verbleiben des jetzigen Kabinetts als Geschäftsmittel wenig Zweck hätte, da dem Kabinett dann die politischen Vollmachten fehlen würden, die zur Durchführung der schwersten lastlichen Aufgaben notwendig seien. Man glaubt vorläufig damit rechnen zu können, daß die Revolution, die sich im Parlament anzuverkeimeln beginnt, ihr Ende in den Beratungen finden wird, die der Reichspräsident bevor einer großen politischen Entscheidung mit den Führern der Regierungsparteien abhalten wird.

Schweres Straßenbahnunglück.

12 Tote, 34 Verletzte in Diederhosen.

(Durch Rauffpruch.)

Diederhosen, 9. Februar. Heute abend hat sich in der Gegend von Diederhosen ein Teil eines Straßenbahnzuges der Straßenbahngesellschaft „Nord et Vorrain“ losgelöst und ist mit einem anderen Straßenbahnwagen an einer Ueberschneidung zusammengestoßen. Bis 7 Uhr abends verzeichnete man zwölf Tote und vierunddreißig Verletzte, die in verschiedenen Krankenhäusern der Gegend untergebracht worden sind. Der Straßenbahnführer ist verwundet, der Straßenbahnführer hat die Flucht ergriffen. Er scheint irrsinnig geworden zu sein.

Neuer Vorstoß der Zentrumspresse.

Köln, 9. Febr. Das rheinische Zentrumorgan, die „Kölnische Volkszeitung“, erklärt in einer Betrachtung zur politisch-parlamentarischen Lage, daß es wenig Wert habe, die Haltung des am kommenden Sonntag zusammengetretenen Schulausschusses der Deutschen Volkspartei abzuwarten, da nach Versicherungen der volksparteilichen Vertreter eine Aenderung in der Haltung der Fraktion der Deutschen Volkspartei zum Schulgesetz doch nicht mehr zu erwarten sei. Die Fraktion des Zentrums lehne sich einer erneuten Lage gegenüber und müsse sich klar werden, welche Folgerungen aus dem wahrscheinlichen Scheitern des Schulgesetzes zu ziehen seien. Die Deutsche Volkspartei und anscheinend auch viele Kreise der Deutschen Nationalen (N) schienen zu glauben, daß das Zentrum sich ruhig mit der durch das Verlangen der Regierungskoalition auf kulturpolitischem Gebiet geschaffenen Lage abfinden könne. Das sei eine Verkennung des Grades der Lage. Durch das Scheitern der Schulvorlage sei die Regierungskoalition geschwächt und ihre weitere Lebensfähigkeit wäre nur noch eine Frage der Zeit.

Erst Freitag Fraktionsitzung.

Berlin, 9. Febr. Die für heute nachmittags angelegte Sitzung der Reichstagsfraktion des Zentrums wurde in letzter Stunde abgelehnt und auf Freitag mittag verschoben. Der Vorstand der Fraktion war noch einmal zusammengetreten; seine Beratung dehnte sich bis in die Abendstunden aus, so daß die Gesamtkonferenz nicht mehr zu ihrer Beratung schreiten konnte.

England für Abzug der Besatzung.

Bereits Verhandlungen mit Paris?

U-Boote und Rheinlandsfrage im Unterhaus.

London, 9. Februar. Im Unterhaus antwortete Unterstaatssekretär Loder-Campion auf eine Frage, die sich auf die Erklärung hinsichtlich der Abkündigung der Unterseeboote bezog. Loder-Campion erklärte, der Standpunkt der britischen Regierung zugunsten einer allgemeinen Abkündigung der Unterseeboote sei bereits auf der Konferenz in Washington 1921 dargelegt und auf der letzten Marinabürokratenkonferenz in Genf erneut vertreten worden. Die wichtigste Bedingung sei, daß die Abkündigung allgemein erfolge.

In Beantwortung einer anderen Frage erklärte Loder-Campion, es sei von einer isolierten Zurückziehung der britischen Truppen aus dem Rheinland nicht die Rede gewesen, und seiner Ansicht nach würde unter den gegenwärtigen Umständen eine derartige Zurückziehung keinerlei Vorteile zeitigen. Eine allgemeine Räumung vor der von Friedensvertrag vorzulegenden Zeit könne nur das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen den Mächten und der deutschen Regierung sein. Wenn sich eine solche Vereinbarung als möglich erweisen sollte, so werde sie von der englischen Regierung außerordentlich begrüßt werden.

Das Mitglied Burton fragte dann: Ist die Aufrechterhaltung der Truppenbesetzung im Rheinland nicht geeignet, Zweifel an dem Wert der Locarnoverträge auskommen zu lassen und damit ihrem Werte Eintrag zu tun? Loder-Campion antwortete: Nein, ich kann mich dieser Auffassung ganz und gar nicht anschließen. Der Abg. Miles fragte, ob zwischen dem Foreign Office und dem französischen Ministerium des Auswärtigen hinsichtlich von Verhandlungen Besprechungen stattgefunden hätten. Loder-Campion bat, die Frage fallen zu lassen. — Danach ist wohl kaum noch daran zu zweifeln, daß tatsächlich zwischen Frankreich und England Verhandlungen über das Rheinlandproblem stattfinden. Möge das Berliner Außenamt alles tun, um zu verhindern, daß dieses Schachergewinn wieder auf Kosten Deutschlands getätigt wird.

Die unabhängige Zeitschrift „Outlook“ bemerkt zur Rheinlandsfrage: Jeder Chamberlain in einem Entschluß gefaßt, um so besser sei es. Der erste Schritt liegt beim britischen Foreign Office. Es ist zu hoffen, daß die

Regierung nicht zögern wird, das Problem ein für allemal zu lösen, indem sie ihre Absicht verkündet, die britischen Truppen zum frühestmöglichen Zeitpunkt heimzubeschieben. Der einzige Zweck, dem die Anwesenheit britischer Truppen im Rheinland dient, ist, der französischen Militärpartei moralische Unterstützung in ihrem Wunsch zu geben, am Rhein Brückenköpfe solange wie möglich zu besetzen.

Der alte Weltkriegslieger.

Friedensschalmeln in London.

London, 9. Febr. Lord Cecil bezeichnete gestern in einer Rede die Erhaltung des Friedens als das größte aller britischen Interessen. Großbritannien verlange keine neuen Gebiete und keine Erweiterung. Die Grenzen des britischen Weltreiches seien unerschütterlich und eine Ausdehnung würde nur eine Vermehrung der Verantwortlichkeit bedeuten, ohne die Macht und Prosperität gleichzeitig zu stärken. Auf der anderen Seite habe das Land durch eine Kriegsführung sehr viel zu verlieren. Ein Krieg sei auch gefährlich für die Nahrungsmittelversorgung der Nation und für den Ueberseehandel. Cecil folgerte hieraus, daß der Krieg als ein Instrument nationaler Politik abgelehnt werden müsse, stattdessen müsse ein System internationaler Gerichtsbarkeit geschaffen werden. Es sei nicht zu hoffen, daß der Krieg aufhöre, solange den Nationen nicht andere Mittel in die Hand gegeben würden, ihr Recht zu erlangen und ungehörige Forderungen zurückzuweisen. Schließlich müßten aber auch die Gründe und Ursachen für einen Anarich vom Völkerbund durch Sicherheitsmaßnahmen beseitigt werden.

Wenn Lord Cecil davon spricht, daß England keine Land-erwerbung mehr braucht, so steht damit die offen ausgesprochene Absicht im Widerspruch, den afrikanischen Besitz durch die endgültige Einverleibung des Mandatsgebietes Deutsch-Ostafrika abzurunden.

Die Arbeiterpartei und die Thronrede. Im Unterhause brachte Henderson den bereits angekündigten offiziellen Abänderungsantrag der Arbeiterpartei ein. Die Annahme des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit hat hunderttausend Bergleute zum Feiern gezwungen, und es ist Pflicht der Regierung, dieses Gesetz sofort rückgängig zu machen.

Warum noch Technische Nothilfe?

Die heftigen Angriffe der Linkssozialisten und der Kommunisten im Sachsischen Landtage gegen die Technische Nothilfe haben das eine Gute gehabt, daß sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit verdienstvollerweise auf die Selbsthilfsorganisation des Staates gelenkt haben, die so im Verborenen wirkt, daß sogar die Regierung lange Zeit eine läßt fällige Dankeschuld ihr gegenüber verzeihen konnte. Es ist mit ihrer Tätigkeit so wie mit der Arbeit der Hausfrau: man merkt sie nur, wenn sie einmal nicht getan wird. So hat man eigentlich jetzt erst so recht erfahren, wie ausschlaggebend für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für den ungehörten Fortgang des Wirtschaftslebens im ganzen Lande ihr Einsatz während des wirtschaflichen Bergarbeiterstreiks war. Es hätte bei dieser Gelegenheit auch auf das vielleicht noch größere Rettungswert hingewiesen werden können, das 2700 Rothelfer in 77000 Arbeitstagen bei der sommerlichen Flutkatastrophe im Erzgebirge in qualifizierter technischer Arbeit vollbracht haben. Wenn trotz dieser Erfahrungen die radikale Linke die talentvolle Aufzucht der Technischen Nothilfe fordert, so beweist sie, daß nur allgemeine staatsfeindliche und klassenkämpferische Gründe die Triebkraft solcher Verlangens sind. Es ist ganz einfach die But darüber, daß diese Einrichtung der gefährlichsten Waffe des Sozialismus, dem Generalstreik, die tödliche Spitze abbricht. Gerade deshalb aber können Staat und Gesellschaft das letzte Schutzmittel gegen den Terror einer Klasse auf absehbare Zeit nicht entbehren.

Damit soll nicht gesagt sein — wie von radikaler Seite immer unterstellt wird —, daß wir die Beibehaltung und den organisatorischen Ausbau der Technischen Nothilfe wünschen, damit sie als ein handlich gehandhabtes Kampfmittel gegen die Arbeiterkämpfe bei den zu erwartenden Arbeitskämpfen jederzeit zur Verfügung stehe. Dieser Vorwurf hat in der Praxis jede Berechtigung verloren; denn mit den Zeitverhältnissen hat sich auch die Arbeitsweise der Technischen Nothilfe verändert. Gegenüber der Zeit ihrer Gründung in den Wirren der Revolution ist eine unverkennbare soziale Verwundung und auch eine anerkanntwertige Disziplinierung der Arbeitskämpfe eingetreten. Auf Grund dieser Tatsache hat denn auch das Reichsinnenministerium, wie hier bereits gemeldet wurde, eine Denkschrift ausgearbeitet, die eine grundlegende Umarbeitung der für die Technische Nothilfe bisher gültigen Richtlinien bezweckt. Die Tendenz dieser Vorschläge geht dahin, daß die Nothilfe nicht mehr für kleine und kleine lebenswichtige Betriebe verwendet werden soll, wenn sie durch Streiks stillgelegt werden, sondern nur dann, wenn eine augenscheinliche Gefahr für die Allgemeinheit vorliegt. Dementsprechend ist gleichzeitig eine beträchtliche Verminderung der Zahl der Technischen Nothilfe, ihres hauptamtlichen Personals und der freiwilligen Nothelferschaft vorgenommen worden, also eine großzügige Verwaltungsreform im besten Sinne des Wortes, die eine Vereinfachung des Organisationsapparates und eine entscheidende Verminderung der Kosten zur Folge gehabt hat. Damit ist aber auch nach Ansicht der Reichsregierung der Stand erreicht, der eine weitere Verkleinerung nicht mehr zuläßt, wenn nicht die Aktionsfähigkeit der Technischen Nothilfe gefährdet werden soll.

Diese zeitgemäße Umstellung ist aber eigentlich nichts Neues, wenn sie auch jetzt erst verordnungsmäßig schlagartig wird, weil die jetzt empfohlenen Grundzüge von der Leitung der Technischen Nothilfe seit geraumer Zeit praktisch bereits befolgt werden. Die Einseitigkeit der letzten Jahre beweist, daß dieselben Erwägungen, die der Reichsinnenminister in seiner Denkschrift anstellt, die Organisation bereits in zunehmendem Maße bewegt haben, alle Einlageforderungen sehr kritisch zu prüfen, und nur dann beifällig die Verhältnisse zu prüfen, wenn ein öffentlicher Notstand erwiesen war, und wenn der Verdacht einer einseitigen Parteilichkeit ausgeschlossen erschien. Die Tätigkeit im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik, wo es sich ausschließlich um die Sicherstellung der Stromversorgung für Sachlen handelte, ist ein typisches Beispiel dafür. Ebenso ist der Umstand beweiskräftig, daß unter den Einsatzleistern immer mehr die Hilsleistungen anlässlich von Ueberflutungen, Bränden und anderen Naturereignissen überwiegen. Waren in der Zeit von Oktober 1919 bis Ende 1924 insgesamt nur 3100 Rothelfer für solche Zwecke eingesetzt, so wird diese Zahl allein im Jahre 1927 erreicht. Diese allgemein humanitäre Aufgabe der Technischen Nothilfe wird von ihren Mannern grundsätzlich verkannt und dafür um so aufdringlicher die politische Seite ihrer Tätigkeit in ein grelles, aber falsches Licht gerückt. Wenn die Organisation in Zukunft ebenso wie in den letzten Jahren im Sinne der neuen Richtlinien arbeitet, dann ist entgegen allen Behauptungen von links die Gewähr gegeben, daß ihr Wirken ebenso im wohlverstandenen Interesse der Arbeitnehmer wie in dem der Arbeitgeber liegt; denn die Verhinderung eines öffentlichen Notstandes, die Verhütung von Verwirrung und Chaos ist für die werktätige Bevölkerung ebenso wertvoll wie für alle anderen an der Aufrechterhaltung